

Wahlprüfstein der Bürgerinitiative Havixbeck

Bernd Golisch, BI-Sprecher
www.bi-havixbeck.de
02507 7663

Die BI befragt alle acht Direktkandidaten im Wahlkreis. Sie will nur die „ganz persönlichen Vorstellungen, Prioritäten und konkreten Absichten“ und bittet, auf von der „Partei für den Wahlkampf vorbereitete Standardantworten zu verzichten“.

1. Wie stellen Sie sich den Ausbau des ÖPNV im Westmünsterland unter den Aspekten der Flexibilität, der Alternativen und der Zukunftsfähigkeit mittelfristig vor?

Die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums hängt mit von der Mobilität ab. Attraktiver ÖPNV muss flexibel und schnell sein. In unserer Region tut sich da einiges, zum Beispiel mit neuen Expressbussen wie der Linie X90 von Olfen über Lüdinghausen und Senden nach Münster. Zu diesen Linien braucht es Zubringerverkehr. Hier wird sehr erfolgreich experimentiert. Nordkirchen baut Mobilitätsstationen, Appelhülsen plant einen Mobilitäts-Hub wie er in Senden im Bürgerlabor „Mobiles Münsterland“ schon erprobt wird. Ausgestattet sind diese Stationen zum Beispiel mit Ladestationen für E-Autos oder Leihfahrrädern. Der Bund fördert auch On-Demand-Verkehre. Wichtig sind zudem bezahlbare, übersichtliche Tarife. Hier ist der NRW-weit einheitliche eTarif ein wichtiger Schritt. Bei aller Förderung für den ÖPNV: Wir werden im ländlichen Raum immer auch Individualverkehr haben und fördern. Dafür erhöhen wir die Pendlerpauschale.

2. Würden Sie sich dafür einsetzen, dass auch in NRW die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen von den Anliegern komplett abgeschafft wird?

Dies ist eine Frage, die auf Landesebene entschieden wird. Die NRW-Landesregierung hat hier aber im vergangenen Jahr für Entlastung gesorgt, sowohl für die Kommunen als auch für die Anlieger.

3. Wie würden Sie die verstärkte Schaffung von bezahlbarem Wohnraum voranbringen?

Der Bund hat hier viel getan: Im Rahmen der Wohnraumoffensive wurden in den vergangenen vier Jahren 1,5 Millionen Wohnungen neu geplant und geschaffen. Dieses Programm wollen wir fortschreiben. Dazu wollen wir Planungen weiter vereinfachen und beschleunigen. Ein Schritt dazu war das Baulandmodernisierungsgesetz. Was ich ablehne: Die verfassungswidrige Mietpreisbremse würgt den Wohnungsbau ab, weil sich Investitionen nicht lohnen. Die Enteignung von Wohnungskonzernen, ebenfalls in Berlin, ist teuer. Geld, das für den Wohnungsbau fehlt.

4. Wer wird langfristig die Staatsausgaben zur Bewältigung der Corona-Krise und die dadurch entstandenen Schulden abtragen müssen?

Der Bund hat in einem nie dagewesenen Kraftakt die Folgen der Pandemie für Familien, Unternehmer und Arbeitnehmer abgemildert. Dies war nur möglich, weil wir in den Jahren vor Corona sparsam und vernünftig gewirtschaftet haben. Die schwarze Null ist kein Selbstzweck und wir müssen zügig wieder zu ihr zurückkehren. Die Steuereinnahmen haben vor Corona Rekordhöhen erreicht. Deshalb bin ich überzeugt, dass wir keine neuen Belastungen brauchen, um die Staatsausgaben zu finanzieren. Im Gegenteil, höhere oder neue Steuern sind Gift für den gerade erst beginnenden Aufschwung. Wir müssen unsere Unternehmer, die gute Arbeitsplätze schaffen, jetzt machen lassen. Das gilt auch für Familien, die Leistungsträger unserer Gesellschaft sind. Sie wollen wir weiter entlasten.

Wir tragen die Corona-Schulden also durch Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ab. Steigen die Staatseinnahmen stärker als die Staatsausgaben, wird der Schuldenberg kleiner. So funktioniert nachhaltige Finanzpolitik. Dafür steht die CDU.

5. Wie lassen sich die Klimaschutz-Ziele für die Bürger sozial und gerecht umsetzen?

Indem wir auch hier die Bürgerinnen und Bürger entlasten. Wir werden dazu die EEG-Umlage abschaffen. Außerdem wollen wir die Einnahmen, die wir im Emissionshandel erzielen, in vollem Umfang an die Bürgerinnen und Bürger sowie die Betriebe zurückgeben, indem wir Strom billiger machen. Das ist mir wichtig, weil wir Akzeptanz für die Klimaschutz-Maßnahmen brauchen. Wenn wir erneuerbare Energien ausbauen, müssen möglichst viele davon profitieren. Bürgerwindparks haben sich hier bewährt, wie Beispiele in Olfen, Lette oder Flamschen zeigen.

6. Würden Sie sich für die Einbeziehung von Beamten, Politikern und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung einsetzen?

Wir müssen die Rente zukunftsfähig und generationengerecht aufstellen. Mit einer Einbeziehung weiterer Berufsgruppen ist aber nicht zwingend eine finanzielle Entlastung verbunden. Denn neben verfassungsrechtlichen Argumenten haben z.B. Beamte regelmäßig auch höhere Auszahlungsansprüche im Alter. Insofern verschaffen wir der Rentenkasse mit der Verbreiterung auf weitere Berufsgruppen allenfalls eine kurzfristige Atempause, die sich bei steigender Lebenserwartung nach Berechnung vieler Experten sogar ins Gegenteil verkehren kann. Über die Bundeszuschüsse zur Rentenkasse aus Steuermitteln in Höhe von 100 Milliarden Euro allein 2021 sind Beamte, Politiker und Selbstständige im Übrigen schon jetzt an der gesetzlichen Rentenversicherung beteiligt. Für eine auskömmliche Rente müssen wir daher insbesondere Eigenverantwortung stärken und steuerliche Anreize schaffen, zum Beispiel bei den Betriebsrenten.

7. Wie stehen Sie zu einem generellen Tempolimit auf deutschen Autobahnen?

Ich halte diese Frage nicht für vordringlich. Ein Tempolimit von zum Beispiel 130 Kilometern pro Stunde hat keinen nennenswerten Einfluss auf den CO₂-Ausstoß. Was die Sicherheit angeht, gehören die deutschen Autobahnen zu den sichersten Straßen, auch ohne Tempolimit. Hier müsste man eher auf die Landstraßen blicken. Auch in Europa gibt es selbst mit Tempolimit kein Land, das auf Autobahnen eine bessere Bilanz aufweist.